

Gewerkschaften für den Frieden: Erklärung von industriAll Europe zum Krieg in der Ukraine

Brüssel, 14. Juni 2022

Seit drei Monaten herrscht Krieg in Europa. Gemeinsam mit dem EGB und der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat industriAll European Trade Union den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine bereits auf das Schärfste verurteilt. Wir fordern die russische Regierung erneut auf, die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu respektieren, verlangen die sofortige Einstellung der russischen Kriegshandlungen, bestehen darauf, dass die russischen Truppen das Land sofort verlassen, fordern ein Ende der von der russischen Führung angefachten Verstöße gegen die Menschenrechte und internationale Konventionen und rufen zu Dialog und Friedensgesprächen auf. IndustriAll Europe fordert die EU-Institutionen auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um einen Waffenstillstand zu erreichen, dessen Bedingungen für die ukrainische Regierung und das ukrainische Volk akzeptabel sind, und diplomatische Maßnahmen zu ergreifen, um einen Friedensprozess einzuleiten.

Der Weg zu einem Friedensabkommen kann nur beschritten werden, wenn es gelingt, alle Akteure an einen Tisch zu bringen. IndustriAll Europe fordert von allen europäischen Staats- und Regierungschefs, sich darauf zu konzentrieren, Raum für den Dialog zu schaffen und einen Friedensprozess zu ermöglichen, der den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in der Ukraine ermöglicht und den Menschen eine Perspektive für ein Leben in Frieden aufzeigt.

Ein intensiver, ernsthafter Friedensdialog ist der einzige Weg, um diesem schrecklichen Konflikt und den Schäden und dem Tod von Millionen von Menschen ein Ende zu setzen. Wie in jedem Krieg sind unschuldige Zivilist*innen, Arbeitnehmer*innen und vor allem ihre Familien die größten Opfer dieses Konflikts und der nachfolgenden Sanktionen.

Wir stehen in voller Solidarität mit dem ukrainischen Volk, unseren Brüdern und Schwestern in der Gewerkschaftsbewegung und Arbeitnehmer*innen, die vom Krieg betroffen sind. Wir verurteilen die Repressionen gegen diejenigen in Russland und Belarus, die mutig ihre Stimme erheben und für den Frieden protestieren.

Das Maß an Solidarität, das dem ukrainischen Volk entgegengebracht wird, ist beispiellos und bewegend. Wie wir in unserer ersten Erklärung zum Krieg in der Ukraine (verabschiedet am 24. März 2022) betont haben, mobilisieren die Gewerkschaften eigenen Ressourcen - finanziell und politisch. Geflüchtete werden in Gewerkschaftshäusern und von Mitgliedern privat aufgenommen. Die Gewerkschaften beteiligen sich

europaweit aktiv an den umfassenden humanitären Bemühungen und spenden an verschiedene Solidaritätsfonds. Hier zeigt sich die Menschheit von ihrer besten Seite. Wir hoffen, dass diese Großzügigkeit ein Zeichen für einen generellen Wandel in der Asylpolitik ist. Zuflucht muss allen gewährt werden, die sie brauchen.

Gemeinsam mit dem EGB fordert industriAll Europe die nationalen Regierungen auf, weiterhin alle Geflüchtete und Menschen, die aus der Ukraine und anderen Ländern, einschließlich Russland und Belarus, fliehen, aufzunehmen. Dies muss unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem Migrationsstatus gelten. Ihnen muss das volle Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU gewährt werden, ohne dass biometrische Pässe erforderlich sind. In allen EU-Ländern müssen angemessene Maßnahmen zur Aufnahme und Integration der Geflüchteten ergriffen werden, wobei alle Mitgliedstaaten und Regierungen eine faire Rolle bei der Aufnahme von Geflüchteten spielen müssen.

Die Richtlinie über vorübergehenden Schutz, die im März 2022 aktiviert wird, muss in der gesamten EU vollständig umgesetzt werden. Die in der Richtlinie vorgesehenen Rechte müssen in vollem Umfang garantiert werden. Dazu gehören der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialhilfe für ukrainische Staatsangehörige, ihre Familienangehörigen, Staatenlose sowie Drittstaatsangehörige und deren Familienangehörige, die in der Ukraine internationalen Schutz oder einen gleichwertigen Schutz genossen haben. Die Mitgliedstaaten müssen den vorübergehenden Schutz auf Drittstaatsangehörige ausweiten, die sich rechtmäßig in der Ukraine aufhalten und nicht sicher in ihr Herkunftsland oder ihre Herkunftsregion zurückkehren können.

Wir rufen die europäischen Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, dazu auf, auf weibliche und minderjährige Flüchtlinge zu achten, da sie in besonderem Maße sexueller Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt sind. Alle Regierungen haben die Pflicht, ihnen Schutz zu gewähren und weiteren Schaden zu verhindern.

Die Mitgliedstaaten müssen für eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt sorgen. Diese erleichtert auch ihre Eingliederung in die Gesellschaft. Menschen, die aus der Ukraine fliehen, und politische Flüchtlinge aus Russland und Belarus sollten auf unseren Arbeitsmärkten willkommen sein, auch wenn sie die feste Absicht haben, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, sobald dies wieder möglich ist. Arbeitgeber, Gewerkschaften und lokale Stellen müssen eng mit den Behörden zusammenarbeiten, um die Integration zu unterstützen und die Ausbeutung von Arbeitskräften zu verhindern.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine gehen bereits über die schreckliche humanitäre Krise hinaus. Sowohl der Krieg als auch die Sanktionen wirken sich auf die Energiesicherheit, die Lieferketten und den Handel aus und führen zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten. IndustriAll Europe fordert daher die EU auf, die negativen Auswirkungen auf Bürger*innen, Arbeitnehmer*innen und die am stärksten betroffenen Branchen abzumildern.

IndustriAll Europe beobachtet die Auswirkungen auf unsere Industrien und Mitglieder genau. Viele Unternehmen haben die Produktion eingestellt und die Beschäftigten an den betroffenen Standorten freigestellt. Es ist daher dringend erforderlich, dass die EU und die nationalen Regierungen die Instrumente zur Rettung von Arbeitsplätzen, insbesondere den SURE-Mechanismus, wieder aktivieren, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Energiesicherheit ist ein dringendes Thema für unsere Industrie und alle Arbeitnehmer*innen in Europa. Die bestehende Energiepreiskrise hat sich durch das Vorgehen Russlands und den Krieg in der Ukraine noch verschärft. Es müssen alle verfügbaren Mittel eingesetzt werden, um in den kommenden Monaten bezahlbare Energie für alle zu sichern. Energie ist die Grundlage für Wohlstand und Gemeinwohl. Europa kann die aus Russland importierten fossilen Brennstoffe nicht von heute auf morgen ersetzen. Energieeffizienz, verstärkte Anstrengungen zur Diversifizierung der Versorgung, die Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien, die Nutzung bestehender kohlenstoffarmer Stromerzeugungsanlagen, obligatorische Speicherverpflichtungen sowie die Nutzung verfügbarer heimischer Energieressourcen müssen zu den Prioritäten der EU gehören, um Europa auf den nächsten Winter vorzubereiten. Dazu sind dringend Rahmenbedingungen erforderlich, die den Investoren Sicherheit und Vorhersehbarkeit bieten - z. B. eine rasche Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren und eine rasche Einigung über die Kriterien für die Zertifizierung von kohlenstoffarmem und erneuerbarem Wasserstoff und Gas. Die EU muss die Lehren aus der Energiekrise ziehen und verhindern, dass sie von einer Form der Abhängigkeit (russisches Erdgas) in eine andere (Wasserstoffimporte aus ganz wenigen Ländern) gerät. Darüber hinaus offenbart diese unvorhergesehene Krise die Schwächen des europäischen Energiesystems, das zu sehr von den Regeln des Marktes abhängig ist. Daher fordert industriAll Europe eine tiefgreifende Reform des EU-Energiemarktes, die langfristige Verträge, Differenzgeschäfte und Instrumente begünstigt, die eine bessere Kontrolle und Vorhersehbarkeit der Preise ermöglichen, sowie eine stärkere Nutzung der Bestimmungen über gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen, um sicherzustellen, dass Energie als Gemeingut behandelt wird. In diesem Zusammenhang sind die verschiedenen Initiativen im Rahmen von REPower Europe wichtig.

Diese Krise bestärkt uns nur in unserer Entschlossenheit, unsere Abhängigkeiten von Energie- und Rohstoffimporten auf sozial gerechte Weise zu reduzieren. Wir müssen die Green Deal-Agenda umsetzen, um unsere Volkswirtschaften zu dekarbonisieren und flächendeckende Versorgung mit Energie zu erreichen. Die Investitionen in die europäische Energieinfrastruktur und die Produktionssysteme müssen fortgesetzt und dringend erhöht werden. Es ist eine ganzheitliche europäische Wirtschaftsstrategie notwendig. Soziale Gerechtigkeit und eine gleichberechtigte Gesellschaft sind die Grundlagen von Demokratie und Frieden. Die EU muss den Aktionsplan der Europäischen Säule sozialer Rechte umsetzen und die Tarifbindung in Europa erhöhen. Der Krieg in der Ukraine darf nicht als Vorwand dienen, um die Bemühungen für einen gerechten Strukturwandel und die Sicherung guter Arbeitsplätze in Europa zurückzufahren.

Krieg darf niemals ein Mittel der Politik sein. Daher muss eine allgemeine und weltweit kontrollierte Abrüstung unser oberstes Ziel sein. Die Rüstungspolitik sollte global kontrolliert werden und zum Ziel der Überzeugung zurückkehren, dem besten Instrument, um die Verteidigung des Friedens für unsere Völker und die Stärkung der EU-Werte der Freiheiten und Demokratie zu gewährleisten. Es muss alles getan werden, um die neue Politik der militärischen Konfrontation umzukehren und ein neues globales Wettrüsten zu verhindern. Die Gewerkschaften sind Teil der globalen Friedensbewegung. IndustriAll Europe setzt sich für den Frieden in Europa und in der Welt ein. Wir müssen am Aufbau von Frieden mitwirken, das schließt eine geeinte globale Gewerkschaftsbewegung ein. Nur Dialog und Diplomatie führen zum Frieden. Wir sind bereit, mit der EU, den Regierungen sowie mit allen demokratischen und friedensorientierten Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.